



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2024



Neuer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gewählt

Landtag Sachsen-Anhalt verdoppelt Mittel für den Härtefallfonds

Eröffnung Gedenkstätte Frauengefängnis Hoheneck

Meine Freunde sterben dahin...

Enttäuschungen waren Gegenstand einer ausführlichen Diskussion mit den Teilnehmern auf dem Podium, zu denen außer Graf von Schwerin und Jan Jansen auch der sächsische Landtagsabgeordnete Georg-Ludwig von Breitenbuch gehörten, sowie Dr. Eberhardt-Kühne von der Arbeitsgemeinschaft für Agrarfragen.

Eine lebhafte Abschlussdiskussion mit den Referenten moderierte die MDR Journalis-

tin Blanka Weber. Sie rundete die Fachtagung ab und gab einen Ausblick auf die anstehenden Aufgaben der nächsten Zeit und die Vertiefung der Aufgaben. Nach dieser kurzen Zusammenfassung kann jetzt an der Programmgestaltung unsererseits gearbeitet werden, um dann zusammen mit der Stiftung offensiv in die Öffentlichkeit zu gehen. Eckpunkte waren bereits in unserer letzten Kurzinformatio und in Stellungnahmen von Dr. Johannes Was-

muth an die Bundesstiftung aufgeführt worden.

Hinweis: Die Fehlteile der Justiz, auch die neue eingestellten, sind unter: www.richterkontrolle.de aufzurufen.

Mit besten Grüßen

ARE – Team
mit Manfred Graf von Schwerin

Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht

2019 wurde anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der friedlichen Revolution von den Bundestagsfraktionen CDU/CSU und SPD ein „Kompetenzzentrum zur Begutachtung und Behandlung von Langzeitfolgen bei SED-Opfern“ gefordert. Die Forderung mündete u. a. in die dreijährige Förderung des Forschungsverbunds „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ (mit 12 Teilprojekten an den Standorten Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock). Der Verbund wird durch vielfältige Kooperationen sowie einen Beirat unterstützt, in dem die einschlägigen Institutionen der Aufarbeitung vertreten sind – unter anderem die UOKG. Langfristiges Ziel des Verbundes ist die Verbesserung der Versorgung Betroffener von SED-Unrecht, wobei hierzu zunächst in mehreren Bereichen wissenschaftliche Grundlagen gelegt werden müssen. Es ist geplant, diese Erkenntnisse möglichst in einer folgenden Förderperiode in die Praxis zu transferieren und Informationsmaterialien sowie Angebote für helfende Berufe, für Betroffene und für die Öffentlichkeit zu entwickeln.

Teilprojekt „Curriculare Weiterbildung für die Fallarbeit“

Das Teilprojekt möchte das langfristige Ziel einer Verbesserung der Versorgung

Betroffener durch die Entwicklung von Weiterbildungen für unterschiedliche Berufsgruppen erreichen. Hintergrund des Vorhabens ist der Umstand, dass wiederholt von Seiten der Betroffenen, der Politik, sowie auch in einzelnen Fachveröffentlichungen auf eine schlechte Versorgung Betroffener im Hinblick auf die psychische und körperliche Gesundheit sowie auf Schwierigkeiten bei Anerkennung von gesundheitlichen Folgeschäden hingewiesen wird. Diese Feststellung wirkt zunächst überraschend, da Betroffenen das volle Spektrum der medizinischen und psychologischen Regelversorgung zur Verfügung steht, darüber hinaus bestehen besondere Ansprüche im versorgungsmedizinischen Bereich, sowie eine Vielzahl an spezialisierten Beratungsstellen für Betroffene von SED-Unrecht. Auch im Hinblick auf Weiterbildung zum Thema SED-Unrecht bestehen zunächst zahlreiche Angebote.

Es ist aber im Gesundheitssystem grundsätzlich schwierig, etwa einen geeigneten Psychotherapieplatz zu finden ohne sehr langen Wartezeiten zu begegnen. Dies ist bei Betroffenen von SED-Unrecht wegen ihres spezifischen Hintergrunds oft noch weiter erschwert. Es war intendiertes Ziel von Verfolgungsmaßnahmen der Staatssicherheit, dass Betroffene sich eben keine Hilfe suchen. Symptome wie Rückzug, Arbeitsunfähigkeit, Misstrauen und Angst vor Institutionen waren mitunter explizit gewollt. Über 30 Jahre nach dem Ende der DDR bestehende Traumafolgestörungen nach politischer Verfolgung erweisen sich in der Behandlung zudem als sehr kompliziert. Neben vielfältigen psychischen Belastungen, treten auch körperliche, finanzielle und soziale Belastungen auf, mitunter auch Rechtsstreitigkeiten, etwa im Bereich der Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden. Auf diese Probleme sind in Medizin und

Psychologie Tätige nur begrenzt vorbereitet und oftmals überfordert. Bei der Arbeit mit Betroffenen von SED-Unrecht ist die Berücksichtigung gesellschaftlicher Faktoren besonders wichtig, ebenso wie Hintergrundwissen zu politischer Verfolgung und staatlichem Unrecht in seinen unterschiedlichen Ausprägungen. So ist der traumatische Kontext bei Häftlingen ein deutlich anderer als bei Dopingbetroffenen, Opfern von Zersetzung oder Heimkindern. Von Betroffenenenseite wurden zudem wiederholt Probleme mit regimenahe Behandlern und Gutachtern berichtet. Bedeutsam ist allerdings auch, dass es zum Thema DDR sehr polarisierende öffentliche Debatten gibt, die Themen wie Ost-West-Unterschiede, Probleme der Transformation, die Ausgestaltung heutiger Demokratie etc. einschließen. Diese Diskussionen können bei der beruflichen Begegnung mit SED-Opfern schnell aktiviert werden und dann die Aufmerksamkeit von den konkreten Notlagen und Leiden der Betroffenen ablenken, denn diese Diskussionen haben mit adäquater Hilfe für komplexe gesundheitliche Mehrfachbelastungen nach staatlichem Unrecht wenig zu tun. Festzuhalten bleibt also, dass es zwar durchaus medizinische und psychologische Angebote in unserer Regelversorgung gibt, diese auf Betroffene allerdings oft unzureichend ausgelegt sind.

Aufarbeitung, Rehabilitierung und Beratung

Nicht zuletzt als Reaktion auf diesen Mangel, haben sich in der Aufarbeitungslandschaft eine Vielzahl von Anlaufstellen speziell für Betroffene von SED-Unrecht entwickelt, die meist behördlich oder zivilgesellschaftlich organisiert sind. Kenntnisse zu speziellen Verfolgungskontexten sind hier oft ein elementares Merkmal. Diese Stellen sind oft offen für

Umzug, Lieferadresse, Änderungen?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

vielfache Anliegen Betroffener, von der Akteneinsicht über finanzielle und Rehabilitierungsfragen, Antragsfragen zu gesundheitlichen Folgeschäden bis hin zu weitergehender psychosozialer Beratung. In den entsprechenden Einrichtungen sind allerdings in der Regel keine Ärzte oder Psychologen angestellt, sondern oft Quereinsteiger aus anderen Berufsfeldern oder auch Betroffene, die in Selbsthilfekontexten organisiert sind. In diesem Feld der Aufarbeitung entfalten sich auch viele Weiterbildungsaktivitäten, von denen die meisten allerdings die historisch-politische Bildung betreffen.

Unser Vorhaben will nun für helfende Berufsgruppen unterschiedliche Weiterbildungsmodule entwickeln, die sich in einer Art Baukastensystem je nach Berufsgruppe unterschiedlich zusammenstellen und anpassen lassen und langfristig in einem Netzwerk mit Kooperationspartnern angeboten werden sollen.

Zur Bündelung des aktuellen Wissensstandes in Forschung und Beratung sowie zur wissenschaftlichen Vernetzung wurde zunächst eine wissenschaftliche Literaturliteraturdatenbank angelegt. Weiterhin wird die Zusammenführung des Forschungsstandes durch Unterstützung bei Übersichtsarbeiten und Schwerpunktthemen gefördert. Ein weiterer Schritt besteht in einer detaillierten Erfassung des bisher ungedeckten Versorgungs- und Weiterbildungsbedarfs, in Kooperation mit anderen Teilprojekten des Verbundes. Nachfolgend wollen wir exemplarisch zwei Weiterbildungen beschreiben, über die wir – im Sinne von Testläufen – Erfahrungen sammeln und kooperative Netzwerke mit Aufarbeitungsakteuren bilden wollten.

Weiterbildung – Personal von Beratungsstellen, die auf SED-Unrecht spezialisiert sind

Im Winter 2022/2023 wurde in Zusammenarbeit mit der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt eine 6-tägige Weiterbildung für Personen angeboten, die im Bereich der Beratung von Betroffenen von SED-Unrecht tätig oder eng mit solchen Beratungsprozessen verbunden sind (bspw. Mitarbeiter der Landesbeauftragten oder von Opferverbänden). Anlass war, dass aktuell eine neue Generation von Personen in das Beratungsfeld einsteigt und mitunter mit komplexen Fällen konfrontiert wird. Wir haben bewusst Teilnehmer aus unterschiedlichen Berufsfeldern und Generationen angesprochen, um unterschiedliche Per-

spektiven abzubilden und den Austausch von Erfahrungen zu fördern. Der inhaltliche Schwerpunkt lag den Verbundkompetenzen entsprechend auf klinischen, versorgungsmedizinischen, medizinsoziologischen, sozialpsychologischen und kommunikativen Aspekten bei der Arbeit mit Betroffenen. Historische und juristische Aspekte wurden vorerst ausgeklammert. Die Inhalte wurden vorab in Kooperation konzipiert und im Laufe der Veranstaltung den Bedürfnissen der Teilnehmer angepasst. Die Referenten entstammten dabei sowohl dem Verbund, als auch aus dem Praxisfeld der SED-Opferberatung, teilweise in gemeinsam gestalteten Modulen. Die Teilnehmer waren selbst Experten in ihren Teilbereichen und arbeiten bereits eng mit Betroffenen zusammen, daher war die Veranstaltung diskussionsorientiert und offen für die Beiträge der Teilnehmer. Die Evaluation der Weiterbildung erbrachte im Ergebnis positive Bewertungen, war umfangreich und beinhaltete sowohl Fragebögen nach jedem Programmpunkt als auch telefonische Nachbefragungen. Auf diese Weise konnten wir auch Wünsche und Bedürfnisse für zukünftige Weiterbildungen erfassen. Eine Wiederholung ist angedacht, da uns vorab deutlich mehr Anfragen für eine Teilnahme vorlagen, als Plätze zur Verfügung standen.

Weiterbildung – Bundesarchiv und Praxisnetzwerkaufbau West

Durch die Überführung der Stasi-Akten in die Verantwortung des Bundesarchivs wurde nun erstmals auch an Standorten in den alten Bundesländern die Möglichkeit der Akteneinsicht geschaffen. Dies macht eine entsprechende Weiterqualifikation der Mitarbeiter an West-Standorten nötig. Wir konnten gemeinsam mit der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, dem Bundesarchiv und mit Unterstützung der UOKG im Dezember 2023 eine zweitägige Weiterbildung für Personen organisieren, die in den Archiven an unterschiedlichen Standorten tätig sind – West wie Ost. Neben psychologischen Modulen wurden hier auch Module zu Rehabilitation und Aktenbeantragung sowie zu zeitgeschichtlichen Hintergründen angeboten. Die UOKG steuerte das Modul zu Rehabilitierungs- und Entschädigungsmöglichkeiten bei. Auch diese Weiterbildung war diskussionsorientiert und offen für die Erfahrungen der Teilnehmenden. In den Evaluationsbögen wurde sie wohl auch deshalb sehr positiv bewertet. Sowohl die interdisziplinäre Zusammenstellung als auch die praxisnahen

psychologischen Einheiten wurden geschätzt. Letztlich wurde auch ein Bedarf nach Wiederholung und Weiterführung genannt.

Für Bundesarchivstandorte in den alten Bundesländern ist absehbar, dass die archivspezifische Beratungsarbeit mit Betroffenen eine besonders interdisziplinäre Ausrichtung und den Aufbau neuer Vernetzungen erfordern wird. Dies liegt daran, dass die spezialisierten Beratungsstellen größtenteils in den neuen Bundesländern angesiedelt sind und dementsprechend nur eingeschränkte Unterstützung bieten können. Fehlende Anlaufstellen und der ungenügende Kenntnisstand über die Besonderheiten des Lebens in der DDR und politischer Verfolgung in unterschiedlichen Berufsgruppen in den alten Bundesländern wurden in der Literatur bereits wiederholt als besonderes Versorgungsproblem beschrieben. Die genannte Veranstaltung kann somit den Auftakt für die Entwicklung eines umfassenderen spezialisierten Hilfenetzwerkes zum Thema SED-Unrecht im Westen darstellen. Um diese Entwicklung zu unterstützen, wird beispielsweise bei den Lindauer Psychotherapiewochen im April 2024 ein Weiterbildungsangebot für Psychotherapeuten zum Thema politische Traumatisierung angeboten werden (durch Andreas Maercker, Bernhard Strauß und klinische Kooperationspartner).

Ausblick

Die beschriebenen Testläufe waren erste Versuche eines Transfers aus der universitären Welt in die helfende Praxis sowie der Etablierung einer überregionalen Schnittstelle zwischen den drei Bereichen: Wissenschaft, psychologischer und medizinischer Regelversorgung und Aufarbeitungsinstitutionen. Es ist geplant, auch in den anderen Teilprojekten des Verbundes zukünftig verstärkt einen Praxistransfer zu realisieren – mit geeigneten Kooperationspartnern aus der Praxis und auf der Höhe der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Adressiert werden sollen möglichst alle relevanten helfenden Berufe, neben den bereits genannten bspw. auch Allgemeinärzte und Pflegekräfte. Dazu sollen auch Praxishilfen (Handreichungen, Manuale, Leitfäden, etwa zur Begutachtung von gesundheitlichen Langzeitfolgen) entwickelt und verbreitet werden. Auch die Homepage des Verbundes (www.sed-gesundheitsfolgen.de) wird ausgebaut werden und für unterschiedliche Berufsgruppen, für Betrof-



fene, aber auch die allgemeine Öffentlichkeit mehr Informationen bereitstellen. (Berichte aus dem Forschungsverbund „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ Teil I) Autoren: Adrian Gallistl, Nico Schneider, Bernhard Strauß

Literatur

Bernhard Strauß, Jörg Frommer, Georg

Schomerus, Carsten Spitzer (Herausgeber): Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht. Hier der Aufsatz: Gallistl, A. Schneider, N. & Strauß, B. (2024). Curriculare Weiterbildung für die Fallarbeit mit ehemals Verfolgten befassten Professionen – Strukturaufbau. Psychosozial-Verlag 2024, ca. 200 Seiten, ISBN 978-3-8379-3329-1 • ISBN E-Book 978-3-8379-6201-7

Institut für Psychosoziale Medizin, Psychotherapie und Psychoonkologie
Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“
Stoysstrasse 3, 07743 Jena
fon: 0049 3641 9 3980 65
e-mail: adrian.gallistl@med.uni-jena.de
<https://www.uniklinikum-jena.de/sedgesundheitsfolgen>



Gedenken, Mahnen, kein Vergessen

79 Jahre seit Beginn der Russlanddeportation: Eindrucksvolle Gedenkveranstaltung des Banater Forums. Das Demokratische Forum der Banater Berglanddeutschen (DFDB) und der Verein der ehemaligen Russlanddeportierten veranstalteten zum Anlass der 79 Jahre seit Beginn der Russlanddeportation der Banater Deutschen, am 15. Januar 1945, eine Gedenkveranstaltung in Temeswar.

Neben den beiden Weltkriegen und der Bărăganverschleppung (1951–1954) war die brutale Zwangsarbeit unschuldiger Menschen 1945–1949, vom kommunistischen Regime als Wiederaufbauarbeit gerechtfertigt, das wohl leidvollste Kapitel in der Geschichte der Deutschen in Rumänien, das das Schicksal unserer Großeltern, Eltern und das unsrige, der Nachfahren, bis zum heutigen Tag geprägt hat. Auch in diesem Jahr sollte diese Veranstaltung sogleich Gedenken wie auch Mahnung für die Zukunft sein. Nie wieder Krieg, nie wieder Versklavung unschuldiger Menschen, kein Vergessen.

Die Gedenkmesse vor etwa 100 Personen, ehemalige Russlanddeportierte, Angehörige, Mitglieder des DFDB und des DFBB, wurde von Generalvikar Johann Dirschl, in der römisch-katholischen Katharinenkirche zelebriert. Als Ehrengäste mit dabei Ignatz Bernhard Fischer, Vorsitzender des Landesvereins der ehemaligen Russlanddeportierten, der DFDR-Abgeordnete Ovidiu Gaň, Erwin Josef Ţigla, Vorsitzender des DFBB sowie Siegfried Geilhausen, deutscher Vizekonsul in Temeswar. Im Anschluss hielt I.B. Fischer im Foyer des AMG-Hauses eine, wie alljährlich seit der Wende, beeindruckende Erinnerungs- und Mahnrede für alle Teilnehmer. Nie wieder Krieg, so klang das Leitwort aus der kurzen Ansprache von Siegfried Geilhausen, dem deutschen Vizekonsul in Temeswar. Zum Abschluss erfolgte eine Kranzniederlegung mit Gebet am Denkmal der Banater Russlanddeportierten.

Die Verschleppung der Rumäniendeutschen durch die Rote Armee zur Zwangsarbeit in die ehemalige Sowjetunion hat bekanntlich im Januar 1945 80.000 Rumäniendeutsche, darunter 33.000 Bana-

ter Schwaben betroffen. Nur etwa 45.000 überlebten die Sklavenarbeit in der Ukraine und dem Kaukasus, Kälte und Hunger und konnten 1949 heimkehren. Im Banat leben derzeit, also 75 Jahre nach ihrer Entlassung aus den sowjetischen Arbeitslagern noch 34 ehemalige Russlanddeportierte, 16 davon, einschließlich jene, die während der Zwangsarbeit ihrer Eltern in der Ukraine geboren wurden (darunter auch der in Jenakjewo, heute Ukraine, geborene Helmut Weinschrott, Geschäftsführer der AMG-Stiftung in Temeswar). Unter den Ältesten ist der langjährige und verdienstvolle Vorsitzende des Landesvereins der ehemaligen Russlanddeportierten, Ignaz Bernhard Fischer aus Temeswar, der im Herbst 2023 das Alter von 97 Jahren überschritten hat.

Balthasar Waitz,
Redakteur der Allgemeinen Deutschen
Zeitung für Rumänien

Balthasar Waitz wurde 1950 als Banater Schwabe in Nițchdorf geboren, wo er dieselbe deutsche Dorfschule wie die Nobelpreisträgerin Herta Müller besuchte. Balthasar Waitz ist einer der wenigen Schriftsteller der Rumäniendeutschen Literatur, die in Rumänien verblieben und nicht in die Bundesrepublik Deutschland auswanderten. Nach dem politischen Umbruch von 1989/1990 war er zunächst als Redakteur der Zeitschrift Neue Literatur (1991–1991) und anschließend des Neuen Wegs (1991–1992) in Bukarest tätig. 1993 kehrte er nach Timișoara zurück, wo er sich bis 2006 als freischaffender Schriftsteller und Publizist betätigte. Seit 2006 ist Waitz in Timișoara Redakteur der Allgemeinen Deutschen Zeitung für Rumänien. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Balthasar_Waitz

Erstveröffentlichung am 07. Februar
2024: <https://adz.ro/artikel/artikel/gedenken-mahnen-kein-vergessen>



Foto: Zoltán Pázmány

Ignaz Bernhard Fischer hielt eine eindringliche Mahnrede im AMG-Haus.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben:

Heinz Assig, Gudrun Bär, Walter Bengel, Erna Carbow, Anita Dentler, Helmut und Gundula Digutsch, Christiane Donat, Hanne-Lore Enigk, Heike Fengler, Klaus und Christiane Fischer, Dieter und Martine Gefrörer, Mario Gimpel, Werner Henning, Erik Hofmann, Uwe Kaspereit, Anneliese Könnecke, Ingeborg Kuhne, Wolfgang Lehmann, Rolf und Dagmar Leonhard, Fritz und Regina Lesemüller, Uwe Malcharek, Peter Menzel, Rainer Opitz, Thomas Rademacher, Uwe Reinhardt, Heike Freifrau von Schade, Rocco Schettler, Rainer und Sigrid Schmiedel, Cornelia Schneider, Siegfried und Renate Schöne, Dr. Thomas Somlin, Dr. Heinz Steudel, Michael Striss, Christine Tecza, Michael Teltz, Karl-Heinz Ulrich, Paul R. Wischniewski, Anneliese Wolf, Karl Wruck, Wolfgang Finger, Wolfgang Grohmann, Peter Hertz, Helga Irmsch, Dr. Eberhard Kempf, Angelika Kurtz, Reinhard Linde, Klaus und Dr. Ingrid Muder, Jörg Neumann, Günter Schramm, Manfred Schulz, Doris Schulze, Joachim Tetzlaff, Helge Viereck

Zitat

„Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande.“ – Augustinus von Hippo, auch: Augustinus von Thagaste, Augustin oder Aurelius Augustinus war einer der vier lateinischen Kirchenlehrer der Spätantike und ein wichtiger Philosoph an der Epochenschwelle zwischen Antike und Mittelalter. Augustinus war zunächst Rhetor in Thagaste, Karthago, Rom und Mailand. Quelle: De civitate dei, IV, 4, 1. Übers.: Papst Benedikt XVI, Rede vor dem Deutschen Bundestag am 22. September 2011, Original lat.: „Remota itaque iustitia quid sunt regna nisi magna latrocinia? Quelle: vatican.va, https://www.vatican.va/content/benedict-xvi/de/speeches/2011/september/documents/hf_ben-xvi_spe_20110922_reichstag-berlin.html#_ftnref1; Benedikt XVI.: In Gott ist unsere Zukunft. Ansprachen & Predigten während seines Besuchs in Deutschland. St. Benno-Verlag, Leipzig 2011, ISBN 978-3746231617.

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 23
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto für Abonnements und Spenden:
Konto: UOKG e.V.
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC: DEUTDE33HAN
Verwendungszweck
„ABO“ oder „Stacheldraht-Spende“

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG).

Redaktion: Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

An- und Abmeldungen für den Versand des Stacheldrahtes bitte, wenn möglich, auf elektronischem Weg per Mail.



Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion <mailto:der-stacheldraht@uokg.de>

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 2/24: 15. März 2024

Redaktionsschluss Ausgabe 3/24: 12. April 2024

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)

